

Beweisantrag zur Völkerrechtswidrigkeit der Atomwaffenpolitik der Bundesregierung

Mit diesem Beweisantrag soll die Völkerrechtswidrigkeit der Stationierung amerikanischer Atomwaffen hier in Deutschland sowie die atomare Teilhabe Deutschlands im Rahmen der Nato unterstrichen werden. Dafür beantrage ich, den Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech Neubertstrasse 24 22087 Hamburg Tel: 040 2501934 e-mail: npaech@t-online.de im Rahmen dieses Verfahrens anzuhören.

Begründung: Mit der Unterzeichnung des NPT-Vertrag hat sich Deutschland verpflichtet, keine Atomwaffen anzuschaffen, zu lagern, mit ihnen zu drohen oder sie gar anzuwenden. International ist die Völkerrechtswidrigkeit durch den am 7.7.2017 von 122 Staaten verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrag noch einmal unterstrichen worden. Letzteres allerdings ist von der deutschen Bundesregierung noch nicht offiziell anerkannt worden. Damit versetzt sie sich selbst in ein Unrecht, zumal 93% der deutschen Bevölkerung in einer repräsentativen Forsa-Umfrage von 2016 sich für ein Atomwaffenverbot ausgesprochen haben. Die USA als Atomwaffenstaat sind verpflichtet, Atomwaffen nicht weiter zu geben. Im Rahmen der Nuklearen Teilhabe ist genau das vorgesehen. Deutsche Soldaten üben einen völkerrechtswidrigen Akt jeden Tag, haben. Mit der Duldung, dass auf deutschen Boden Atomwaffen lagern, mit der Beteiligung an der atomaren Planung innerhalb der NATO, mit der Vorbereitung auf die Stationierung von weitaus gefährlicheren Atomwaffen, mit jeder Übung deutscher Bundeswehripiloten, Atomwaffen eventuell in ihr Ziel zu fliegen und abzuwerfen (atomare Teilhabe) wird gegen Buchstaben und Geist des NPT-Vertrages täglich verstoßen. Nicht nur der NPT-Vertrag wird damit gebrochen, sondern auch der 2 und 4 Vertrag zur Wiedervereinigung wird damit berührt, in dem extra noch einmal auf den Verzicht jeglicher Atomwaffen durch Deutschland hingewiesen wird. Die deutsche Bundesregierung schweigt zu dieser völkerrechtsbrechenden Tatsache und ignoriert den Bruch des Völkerrechts, der täglich in Büchel mit den Übungen deutscher Bundeswehripiloten begangen wird.

Relevanz: Als Bürger eines demokratischen Staates sind wir verpflichtet, uns mit allen Mittel völkerrechtswidrigen Verhalten entgegen zu stellen. Da Demonstrationen, Briefe, Blockaden und andere vom Gesetz erlaubte Mittel offensichtlich die Bundesregierung nicht zur Umkehr ihrer das Völkerrecht brechenden Politik zu bewegen vermag, bedarf es weiterer Zuspitzung in Form zivilen Ungehorsams. Das ist die Begründung für unsere Aktion gewesen.